

---

## UNIVERSITÄTSREFORM

---

Rezension von: Jürgen Schramm  
(Hrsg), Modernisierungsstrategie für  
die Universität, Peter Lang Verlag,  
Frankfurt am Main 1990, 278 Seiten,  
DM 89,-

---

Die Krise des tertiären Bildungssektors, verursacht durch die Expansion der Universitäten und Hochschulen in den sechziger und siebziger Jahren und die damit verbundene explodierende Aufgabenentwicklung im Universitätsbereich, läutete im Oktober 1988 – am Boden der Freien Universität Berlin – ein Symposium mit dem Titel „Modernisierungsstrategie für die Universitäten“ ein. Die auf diesem Symposium gehaltenen Referate und vorgelegten Arbeitsberichte sind in diesem Band zusammengefaßt.

Ausgehend davon, daß die Universitäten „hochqualifizierte Arbeitskräfte ausbilden und durch ihre Forschungsergebnisse Innovationen für den Prozeß sozialer, ökonomischer und technischer Entwicklungen zur Verfügung stellen, die letztlich mitentscheidend für die internationale Konkurrenzfähigkeit der Volkswirtschaften sind“, müßten die Universitäten eigentlich Schrittmacher der Gesellschaft sein. Besser sollte es heißen: „zur Verfügung stellen *sollten*“, denn schließlich stellten die Autoren fest, daß dem nicht so ganz ist, ganz im Gegenteil, die Universitäten im deutschen Sprachraum (und auch in anderen europäischen Ländern) müßten erst an die marktwirtschaftliche Realität der Gesellschaft angepaßt werden. Das Hochschulwesen weist daher „einen Modernisierungsrückstand auf, der einer Diagnose wie einer Therapie bedarf“.

Ursprünglich waren Universitäten relativ kleine elitäre Bildungs- und

Forschungseinrichtungen mit traditionell wissenschaftlich orientiertem Studienangebot. Vollbeschäftigung und rasanter technischer Fortschritt – gepaart mit der Forderung nach Chancengleichheit und Entprivilegierung des Zugangs zu höherer Bildung – führten zur Hochschulexpansion der sechziger und siebziger Jahre mit der starken Zunahme von Studentenzahl, Lehrpersonal und Bauinvestitionen. Der tertiäre Bildungsbereich wurde zu einem Massenausbildungssystem. Die steigenden Kosten des universitären Systems erregten das Interesse der Öffentlichkeit, und man begann in den siebziger Jahren an Reformplänen zu basteln – viele Industrieländer reagierten mit Budgetkürzungen (z. B. Großbritannien), die zu Einschränkungen im Leistungsspektrum der Universitäten führten und damit die weitere Expansion bremsen – man spricht auch von einer Phase der Konsolidierung, die in den achtziger Jahren einsetzte. In den Industrieländern wurde – ausgelöst durch die rasante technische Entwicklung und die wachsende weltweite Konkurrenz – zunehmend die Frage nach der Leistungsfähigkeit der Universitäten gestellt, nach ihrem Beitrag zur Realisierung nationaler Forschungs- und Entwicklungsprogramme und damit auch nach ihrer Kooperationsfähigkeit und -bereitschaft mit der Wirtschaft.

Im Rahmen des Forschungsschwerpunkts „Ökonomische Theorie der Hochschule“ wurden *Modernisierungsstrategien* für die Universitäten entworfen. Ein nationales Universitätssystem gilt demnach als modern und funktional, wenn

– alle Universitäten so organisiert sind, daß ihre Leistungserbringung in Lehre, Forschung und Dienstleistungen effizient ist und eine Organisationskultur entwickelt wurde, die flexible Anpassungen sowohl an Nachfrageänderungen nach Leistungsangeboten als auch an wissenschaftlichen Entwicklungen ermöglicht (sog. „Interne Rationalität“)

- die Universitäten die gesellschaftliche Nachfrage nach ihren (innovativen) Leistungen in der Forschung, der Ausbildung von hochqualifizierten Arbeitskräften sowie im Dienstleistungsbereich befriedigen (sog. „Externe Funktionalität“).

Das heißt, ausschlaggebend ist der Beitrag, den die Universitäten zur Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft leisten, wobei neben den staatlichen Interessen noch ein traditionelles Kriterium dazukommt: Die Universität hat als Forschungseinrichtung ihren Beitrag zur Entwicklung der Wissenschaften zu leisten (advancement of knowledge), welcher das Ansehen der Institution in der „scientific community“ bestimmt.

Die Problemlösungsmodelle beinhalten die Einführung von Konkurrenzmechanismen innerhalb der einzelnen Universitäten, zwischen den nationalen Universitäten und im internationalen Kontext, wobei als notwendige Voraussetzung die *Autonomie* der einzelnen Universitäten hinsichtlich ihrer Organisationsform, der Struktur ihres Leistungsangebotes in Forschung und Lehre und der Verwendung ihrer Finanzmittel gesehen wird. Die Realisierung von Autonomie erfordert wiederum eine völlig neue Beziehung zwischen Staat und Universitäten: Der Staat soll nicht mehr direkt in den Hochschulbereich eingreifen, sondern vor allem den Finanzierungsrahmen vorgeben, eine „Qualitätskontrolle“ der Leistungserbringung durchführen und ein Leistungsanreizsystem mittels Erhöhung (oder auch Senkung) der zugewiesenen Mittel entwickeln. Den Universitäten bliebe dann die Freiheit, Schwerpunkte zu setzen und „für die Finanzierung ihrer Vorhaben nach alternativen Möglichkeiten zu suchen“, z. B. in Form von Weiterbildungsangeboten, Kooperationen mit der Wirtschaft usw.

Autonomie heißt jedoch nicht, daß die Hochschulen machen können, was sie wollen. Der Staat erhält – als Geldgeber – sehr wohl die Möglichkeit, in

das universitäre „Planspiel“ einzugreifen, Mißliebigeres durch finanzielle „Bestrafung“ aus der Welt zu schaffen und Gewünschtes zu fördern.

Abgeschafft sollen nur die langwierigen und bürokratischen unmittelbaren Lenkungsingriffe des Staates in das Hochschulleben werden. In diesem Sinne wird von einem der Autoren eine parlamentarische Kontrolle gefordert, die verhindern soll, daß das Instrumentarium der Mittelzuweisung zur politischen Disziplinierung mißbraucht wird. Die „alternativen Finanzierungsmöglichkeiten“ der Hochschulen – wie z. B. die F&E-Kooperation mit Wirtschaftsunternehmen – haben in Folge der in den letzten Jahren im Hochschulsektor mancher Industrieländer erfolgten budgetären Kürzungen einen neuen Stellenwert erhalten und gewinnen immer mehr an Bedeutung. Jürgen Schramm verweist hier allerdings auf die Gefahr der Entstehung einer finanziellen Abhängigkeit von den Auftraggebern und der damit verbundenen Vernachlässigung der grundlegenden Forschungs- und Lehrtätigkeit an den Universitäten. Daher sollten Kooperationen mit privaten Auftraggebern staatlich kontrolliert (nicht gesteuert!) und nur dann zugelassen werden, wenn ein Mindestmaß an Transparenz, das heißt, das Recht auf Veröffentlichung der Forschungsergebnisse, gewährleistet ist.

Mit dem Ziel der Schaffung einer „kostengünstigeren und hochwertigeren Lehre und Forschung, die den gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Bedürfnissen Rechnung tragen“, wurden im Laufe der siebziger und der achtziger Jahre in den Niederlanden zahlreiche Konzepte erprobt, wobei es mitunter auch viele Mißerfolge gab. Die Entwicklung eines neuen Hochschulplanungssystems durch die renommierte Unternehmensberatungsfirma McKinsey scheiterte am mangelnden Interesse der Universitäten. Anreize zur Reform entstanden erst durch die ersten budgetären Kürzun-

gen im Hochschulbereich – plötzlich entstand seitens der Hochschulen ein großes Interesse an einer mittelfristigen Finanzplanung. Die immer stärkeren Haushaltskürzungen zwangen zum Umdenken im System der Hochschulfinanzierung – der Trend ging von sog. Inputkonzepten, wo z. B. die Zahl der Studenten den Finanzierungsschlüssel ausmacht, zu outputbezogenen Modellen, wo z. B. die Zahl der Studienabsolventen ein stärkeres Gewicht bekam. Darüber hinaus kam es zur Einführung der Finanzierung auf Grundlage von

Projekten (nach wie vor ist jedoch die Basisfinanzierung inputbezogen).

Zahlreiche Modelle und Ansätze samt den begleitenden Kritiken seitens der Autoren ließen sich hier noch anführen. Der Sammelband ist für jedermann(-frau) lesenswert und interessant, der (die) sich mit Problemen des Hochschulwesens befaßt, und damit ein wertvoller Beitrag für die gerade aktuelle Diskussion um die Reform des österreichischen Hochschulwesens.

Miron Passweg